

Schriftliche Anfrage der Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle
an die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zuge der bundesweiten Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wurde öffentlich berichtet, dass auch Teile des Bremer Stadtgebiets weiterhin im Prüfverfahren enthalten seien. Die Beiräte haben den Auftrag, die Auswirkungen auf die Stadtteile transparent zu klären und die Bevölkerung frühzeitig zu informieren.

Wir bitten daher um die Beantwortung der folgenden Fragen in klarer, allgemein verständlicher Form:

1. Welche Bereiche in Bremen sind aktuell im Prüfverfahren?

Bitte teilen Sie uns mit:

- ob Flächen in den Bremer Stadtteilen Walle, Gröpelingen oder Findorff weiter im Verfahren enthalten sind,
- wie diese Bereiche räumlich abgegrenzt sind,
- und stellen Sie uns hierzu bitte ein einfaches Kartenmaterial oder eine Übersichtsgrafik zur Verfügung.

2. Auf welcher Grundlage wurde entschieden, dass Bremen weiterhin geprüft wird?

Wir bitten um eine verständliche Erläuterung,

- welche Gründe dafür sprechen, das Bremer Gebiet nicht auszuschließen,
- welche grundlegenden Kriterien (z. B. Eigenschaften des Untergrunds) bisher angewendet wurden,
- und welche Kriterien erst in späteren Schritten geprüft werden.

Es geht uns dabei nicht um technische Details, sondern um eine nachvollziehbare Begründung der bisherigen Entscheidungen.

3. Welche Prüfungen folgen als Nächstes?

Bitte stellen Sie kurz dar:

- wie das Verfahren in den nächsten Jahren abläuft,
- welche weiteren Untersuchungen oder Bewertungen für das Bremer Stadtgebiet relevant sein könnten,
- und in welchem Zeitraum Entscheidungen über ein „Weiterkommen“ oder „Ausscheiden“ einzelner Gebiete getroffen werden.

4. Welche Beteiligungsrechte haben die politischen Gremien in Bremen?

Neben den Beiräten existieren auf Landes- und kommunaler Ebene weitere politische Gremien.
Bitte erläutern Sie:

- welche Mitwirkungs-, Informations- und Stellungnahmerechte die **Bürgerschaft**, der **Senat**,

die **Stadtbürgerschaft** sowie ggf. Fachausschüsse haben und wie diese genau über weitere Entwicklungen informiert werden

- ob und wie die BGE deren Beteiligung sicherstellt,
- welche formellen Schritte diese Gremien im Verlauf der Standortsuche erwarten können.

5. Wie werden Bürgerinnen und Bürger informiert?

Bitte geben Sie Hinweise zu

- zentralen Informationsquellen,
- Kontaktmöglichkeiten für Fragen aus der Bevölkerung,
- sowie zu geplanten bundesweiten oder regionalen Informations- und Beteiligungsformaten.

Wir danken für Ihre Unterstützung und bitten um Rückmeldung innerhalb von sechs Wochen.
Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Die Beiräte Walle, Gröpelingen und Findorff